



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Ottmar von Holtz
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Andreas Michaelis
Staatssekretär

Berlin, den **23. März 2018**

Schriftliche Fragen für den Monat März 2018
Frage Nr. 3-183

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Ihre Frage:

Wie bewertet die Bundesregierung den Erfolg ihrer politischen Maßnahmen in der Demokratischen Republik Kongo seit dem Ende des dortigen Bürgerkriegs vor 15 Jahren und welche Maßnahmen haben sich rückwirkend als kontraproduktiv für eine stabile und friedliche Entwicklung im Land erwiesen, insbesondere angesichts der Vorwürfe, Deutschland habe eine tragende Rolle dabei gespielt, die Regierung von Präsident Kabila im Jahr 2006 demokratisch zu legitimieren und den Präsidenten 2011 trotz schwerwiegenden Wahlbetrugsvorwürfen im Amt zu halten (vgl. die Vorwürfe gegen die Bundesrepublik Deutschland aus Punkt 5 und 6 im Artikel: „Ein rechtsfreier Raum im Herzen Afrikas“ in der Tageszeitung vom 14.03.2018; <https://www.taz.de/Archiv-Suche!/5488428&s=kongo&SuchRahmen=Print/>)?

beantworte ich wie folgt:

Die Bundesregierung hat sich durchgängig gemeinsam mit afrikanischen und europäischen Partnern sowie den Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union dafür eingesetzt, dass der Friedens- und Stabilisierungsprozess in der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) – begleitet von der Mission der Vereinten Nationen für die Stabilisierung in der DR Kongo (MONUSCO) – Fortschritte macht, damit die

dort lebenden Menschen eine Perspektive erhalten. Die internationale Gemeinschaft hat stets den Dialog mit der Regierung der DR Kongo genutzt, um Defizite anzusprechen und darauf hinzuwirken, dass auf zukunftsgerichtete, inklusive Konfliktlösungen hingearbeitet wird. Das galt auch für die Wahlen in den Jahren 2006 und 2011.

Die Bundesregierung ist sehr besorgt, dass sich die Lage in der DR Kongo nach den mühsam erzielten Stabilisierungsfortschritten der letzten Jahre nun wieder verschlechtert hat, insbesondere infolge der Verschleppung der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen. Die Bundesregierung hat dies mehrfach kritisiert, Gewalt durch Sicherheitskräfte gegenüber Demonstranten und andere Menschenrechtsverletzungen verurteilt und die Zusammenarbeit mit der Regierung weitgehend eingestellt.

Gemeinsam mit ihren europäischen Partnern und den Vereinten Nationen fordert die Bundesregierung die Umsetzung der Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen zur DR Kongo und die Umsetzung des politischen Übergangsabkommens vom 31. Dezember 2016, insbesondere der vertrauensbildenden Maßnahmen, einschließlich der Freilassung der politischen Gefangenen, damit freie und faire Wahlen bis Ende 2018 möglich sind.

Als souveränem Staat obliegt es der DR Kongo, die Zukunft des eigenen Landes zu gestalten und die tiefergehenden Konfliktursachen anzugehen. Die internationale Gemeinschaft kann Hilfe anbieten und Anreize setzen, zum Wohle der Bevölkerung zu einem Kurs zu gesellschaftlichem Ausgleich und verbesserter Regierungsführung zurückzukehren.

Mit freundlichen Grüßen

